



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas

*Liebe Leser,*

*mit beeindruckenden Zustimmungswerten - zwischen 489 Stimmen für Tschechien und 522 für Lettland, Ungarn und Slowenien - bei 566 abgegebenen Stimmen, hat das Europäische Parlament am 9. April den Weg frei gemacht für die Erweiterung der Europäischen Union. Am 16. April haben daraufhin die 15 Staats- und Regierungschefs der EU gemeinsam mit den Vertretern der 10 Kandidaten die Beitrittsverträge in Athen unterzeichnet. Hier geht Europa konsequent seinen Weg in die Zukunft.*

*Ob aber die Regierungen - und hier sind vor allen die der 5 großen "alten" Mitgliedsstaaten in der Pflicht, ihrer Verantwortung tatsächlich gerecht zu werden - wird sich an ihrer Zustimmung zu den Arbeiten des Konvents ablesen lassen. Auch die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bietet seit Monaten ein trübes Bild: die deutsch-französische Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags, der Brief der Acht, als Reaktion der sogenannte "Pralinengipfel" Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburg und die deutsch-französisch-russischen Allianzen führen weder dazu, dass man die 15 + 10 zu einer europäischen Politik zusammenführt, noch zu einer Stärkung des transatlantischen Verhältnisses.*

*Die Bundesregierung wird ihrer Rolle leider weder im Konvent noch in der Außenpolitik gerecht: Deutschland ist immer gut damit gefahren, dass es auch Anwalt der kleinen Mitgliedstaaten war - separate sogenannte "Zwergengipfel" wie kürzlich in Belgien waren früher nicht nötig. Das gleiche gilt für ein "sowohl als auch" in Bezug auf das enge Verhältnis zu den USA und zur deutsch - französischen Achse beim Voranbringen Europas. Auch das ist "aus dem Lot" geraten. Bei diesen Punkten zeigt sich überdeutlich, zu welchen Defiziten die Abwesenheit einer auf zutiefst europäischen und transatlantischen Überzeugungen gegründeten Politik Helmut Kohls heute führt.*

*In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich*

*Ihr*

*Michael Gahler*



EVP-ED

## Konvents Update

Der Europäische Konvent nähert sich dem Abschluss seiner Arbeiten - am 20. Juni wird das Präsidium auf dem Europäischen Gipfel sein Werk präsentieren. Wichtigstes - und kontroverste - Ereignis sind die in der letzten Aprilwoche vorgelegten Vorschläge des Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing zur institutionellen Struktur der Europäischen Union. Von den einen als 'autistisch und nationalistisch', von anderen als 'Verstoß gegen die Grundprinzipien der Demokratie' bezeichnet, werden sich die Vorschläge des Präsidenten in der laufenden Diskussion wohl noch der Mehrheitstendenz im Konvent anpassen müssen.

Der jetzige Entwurf verschiebt das Gleichgewicht zwischen den EU Institutionen - Kommission, Rat und Parlament - in einer künftigen Verfassung der auf 25 Mitglieder vergrößerten Union zugunsten der nationalen Regierungen ganz gehörig. Zur Zeit sieht der Vorschlag Giscard d'Estaings vor, einen hauptamtlichen Vollzeit-Präsidenten im Rat einzusetzen, der also kein amtierender Staats- und Regierungschef wäre, mit einem Mandat von 2,5 Jahren. Giscard begründet die Notwendigkeit damit, dass die EU-Partner in vielen Bereichen konstant auch auf zwischenstaatlicher Grundlage zusammenarbeiten müssten. Dem Präsidenten stehe ein 7-köpfiges Präsidium zur 'Oberaufsicht' der Tätigkeiten der EU zur Seite. Dieses Szenario stößt zu Recht auf massiven Widerstand der kleineren EU-Mitgliedstaaten.

Außerdem regt der Konventspräsident eine Verkleinerung der Kommission auf 13 Mitglieder an. Den Protesten der Mitgliedstaaten, die infolge der drastischen Reduzierung der Anzahl der Kommissare nicht mehr in der Kommission vertreten sein würden, entgegnete Giscard d'Estaing mit einer weiteren Innovation: Zur Wahrung der Interessen der nicht vertretenen Staaten kann der Präsident der Kommission 12 Berater ernennen, die „zur Definition des allgemeinen Interesses beitragen sollen“.

Teilhabe der Bürger und Transparenz in der EU

Weitere Entwicklungen im Konventsplenum beziehen sich insbesondere auf das Kapitel über "das demokratische Leben der Union". Den „Erwartungen des europäischen Bürgers“ war ein Großteil der Erklärung von Laeken gewidmet, die im Dezember 2001 das Mandat des Konvents

formulierte. Mehr Klarheit und mehr Bürgernähe sind das Ziel, und tatsächlich sind die Erwartungen im Hinblick auf Transparenz und Partizipation sehr hoch gesteckt. Im Vorschlag für Titel VI des Vertrags finden sich die Leitlinien für die politischen Parteien auf europäischer Ebene (Art.35 a), die Transparenz der Arbeit der Organe der Union (Art. 36), den Schutz von personenbezogenen Daten (Art. 36 a), die Verankerung des Grundsatzes der demokratischen Gleichheit (Art. 33) und der Kirchenartikel (Art. 37). Während der Debatte hoben zahlreiche Delegierte die Bedeutung der demokratischen Teilhabe der Bürger und des Dialogs der Institutionen mit den verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft hervor. Es herrschte große Einigkeit dahingehend, dass für diese "partizipatorische" Demokratie in einem künftigen Verfassungsvertrag ein eigenes Kapitel vorgesehen wird.

### Weiteres Verfahren des Europäischen Konvents

Mit der Präsentation der Artikelentwürfe über die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und über die institutionelle Architektur einer künftigen Union liegen nun alle Vertragsbestimmungen vor. Wie mit den Vorschlägen von Giscard d'Estaing zur institutionellen Struktur deutlich geworden ist, liegt jedoch noch eine heiße Diskussion um die Zukunft Europas vor uns. Betont wurde jedoch noch einmal von allen Seiten, dass der Konvent seine Arbeiten entsprechend dem ursprünglichen Zeitplan beenden und seine Ergebnisse den Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Thessaloniki am 20. Juni vorlegen wird.

Weitere Informationen zum Konvent unter Europäischen Kommission:

<http://www.european-convention.eu.int>

CDU/CSU Gruppe im EP:

<http://www.cdu-csu-ep.de/konvent/konvent.htm>

### Europäisches System zur Positionsbestimmung "Galileo" auf dem Weg

Die weibliche Stimme des Navigationssystems ist aus 2.5 Millionen deutschen Autos inzwischen nicht mehr hinwegzudenken. Grundlage für diese Technik ist das "Global Positioning System" (GPS), ein den Globus umspannendes Satellitensystem, das vom amerikanischen Militär entwickelt wurde. Es ermöglicht jedem Menschen unter Zuhilfenahme eines GPS-Senders die metergenaue Ortung auf jedem Flecken dieser Erde. Um sich von der Abhängigkeit des amerikanischen Systems zu lösen,

gibt es seit langem Planungen für ein eigenes europäisches satellitengestütztes Ortungssystem. Nach jahrelangen Meinungsverschiedenheiten wurden Ende März am Rande des EU-Verkehrsmisterrats in Brüssel die Auseinandersetzungen um die Projektführung für das "Galileo-Projekt" beendet. Nun müssen die Ausschreibungen international organisiert werden.

Das Konsortium „Galileo Industries“, ein Zusammenschluss deutscher, britischer, französischer, italienischer sowie spanischer Raumfahrtunternehmen, bekommt seinen Hauptsitz im Großraum München. Das Galileo-Projekt kostet etwa 3,5 Milliarden Euro und soll von der EU und der europäischen Raumfahrtbehörde ESA zu gleichen Teilen finanziert werden. Für Ende 2004 ist die Stationierung des ersten Satelliten geplant. Bis zum Jahr 2008 sollen 30 Satelliten im All kreisen, die an jedem Punkt der Erde eine genaue Positionsbestimmung ermöglichen.

Zwar werfen Kritiker des Galileo-Projektes den Befürwortern Geldverschwendung vor, da das amerikanische System im Moment kostenlos sei und nur die Hälfte der Kosten von den beteiligten Unternehmen aufgebracht werde. Nicht zuletzt der Irakkrieg hat jedoch gezeigt, dass die Amerikaner GPS primär für militärische Zwecke nutzen und in Krisensituationen das GPS-Signal stören oder ganz ausschalten, so dass es für zivile Nutzer zu erheblichen Beeinträchtigungen oder gar zum Totalausfall kommen kann. Diese Unwägbarkeit könnte man mit einem eigenen System umgehen. Darüber hinaus wird Galileo auch genauer und zuverlässiger als das jetzige GPS arbeiten. Zwar kann das amerikanische System die Positionierung auf wenige Meter genau bestimmen, doch reicht dies für einige Anwendungen nicht aus. Die Satelliten machen keine Angaben über die Qualität und Gültigkeit des Signals. „Galileo“ wird diese Informationen bieten können und somit auch bei der Flugnavigation eingesetzt werden.

Aber auch andere wirtschaftlichen Faktoren sprechen für eine Realisierung des Projektes. So hat Brigitte Langenhagen (CDU), langjährige Berichterstatterin im Europäischen Parlament noch Anfang April in einer Petition auf die Vorteile hingewiesen. Laut Prognosen ist europaweit mit der Schaffung von bis zu 100.000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Der Markt für Navigationsdienste und GPS-Empfänger ist in den vergangenen Jahren explodiert und bringt inzwischen 8 Milliarden US-Dollar Umsatz auf die Waage. Europäische Un-

ternehmen haben jedoch nur einen Anteil von 20% an diesem Markt. Gut 80% der Einnahmen gehen direkt in die USA, denn Herr der 24 GPS Satelliten ist das Pentagon.

Das Galileo-Projekt wird für Europa und Deutschland von großem Nutzen sein, denn mit diesem Projekt können Kernkompetenzen bei einer zukünftigen Schlüsseltechnologie gesichert, Arbeitsplätze geschaffen und die Unabhängigkeit vom amerikanischen System errungen werden.

Weitere Infos:

[http://europa.eu.int/comm/dgs/energy\\_transport/galileo/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/galileo/index_de.htm)

### **Neues Informationsportal für Verbraucher**

Zum Weltverbrauchertag am 15. März hat EU-Kommissar David Byrne eine neue Website für Verbraucherfragen ins Internet gestellt. Hierzu sagte Byrne: "Für die Verbraucher hat sich das Internet zu einem wichtigen Informationsmedium entwickelt. Deshalb bin ich stolz darauf, eine neue Website ins weltweite Netz stellen zu können, die beweist, mit welchem Engagement die Kommission sich für das Recht der Konsumenten stark macht. Dieses Recht beinhaltet selbstverständlich mehr als die Inbetriebnahme einer Website. Sicherzustellen, dass der Verbraucher korrekt informiert, also nicht irreführt wird, ist für die EU prioritäres Anliegen, angefangen bei unseren Maßnahmen in Sachen Lebensmittelkennzeichnung bis hin zu unserer Regelung im Bereich Verbraucherkredit".

Auf der Website können Informationen zur Verbraucheraufklärung, über Fakten und Zahlen zur EU-Erweiterung, Veröffentlichungen der Kommission, Veranstaltungen, Konsultationen u. a. eingeholt werden. Auch ein Newsletter kann abonniert werden.

Details: <http://europa.eu.int/comm/consumers/>

### **Wachsende Kinogängerzahlen in Deutschland**

Kurz vor der Oscarverleihung hat Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, relevante Daten der europäischen Kinoindustrie für das Jahr 2001 veröffentlicht. Danach hat Deutschland mit 17% die höchste Zuwachsrate an Kinogängern im Vergleich zum Vorjahr. Auch Frankreich mit 12% und Dänemark mit 11% haben Zuwachsraten zu verzeichnen. Belgien (-2%) und Finnland (-8%) weisen hingegen eine rückläufige Tendenz auf.

EU-Bürger gehen im Durchschnitt 2,4 mal pro Jahr ins Kino, US-Bürger schaffen es dagegen 5,4 mal. Innerhalb der EU gehen die Iren mit einem Schnitt von 4,2 Besuchen je Einwohner am häufigsten ins

Kino. Ihnen folgen die Spanier mit 3,6. Am wenigsten Interesse am Kino haben Finnen und Griechen. Werden die gesehenen Filme nach ihrem Produktionsland verglichen, so kommt Eurostat zu dem Schluss, dass zwei von drei Filmen US-Produktionen sind. Bei den Kasseneinnahmen betrug der Anteil amerikanischer Filme in Deutschland sogar 80%.

In der EU gab es 2001 10.500 Filmtheater mit über 24.800 Leinwänden. Das entspricht 6,6 Leinwänden je 100.000 Einwohner. In den USA liegt der Anteil bei 13,2 je 100.000 Einwohner, also doppelt so hoch. Ausführlichere Angaben werden voraussichtlich im Sommer 2003 in „Cinema, TV and Radio in the EU“ erscheinen.

Web: <http://europa.eu.int/comm/eurostat/>

### **Entwicklungszusammenarbeit: Das Cotonou-Abkommen trat am 1. April 2003 in Kraft**

Das im Juni 2000 in Cotonou (Benin) von 77 Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean und der EU unterzeichnete Abkommen über Handel, Hilfe und politische Zusammenarbeit trat am 1. April in allen Teilen in Kraft. Im Rahmen der Partnerschaft werden für die nächsten zwanzig Jahre ehrgeizige Ziele vor allem für die Armutsbekämpfung, die Verhütung gewaltsamer Konflikte und eine verbesserte Regierungsführung gesetzt. Es soll die Entwicklungszusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU effizienter machen.

Das Cotonou-Abkommen wurde als Folgeabkommen zu den 4 Lomé-Abkommen bereits seit August 2000 in Teilen vorläufig angewandt. Eine wichtige Dimension - die Bestimmungen über die finanzielle Umsetzung - konnte jedoch aufgrund der noch ausstehenden Ratifizierung durch die 15 EU-Mitgliedstaaten bisher noch nicht verwirklicht werden. Die Philosophie des Cotonou-Abkommens ist im Gegensatz zu der Öffnung der EU-Märkte für die Produkte dieser Länder der EU Mechanismen in die Hand zu geben, dass demokratische Prinzipien dort besser umgesetzt werden. So ist unter anderem vorgesehen, dass im Falle eines Verstoßes hiergegen nach Konsultationen mit der betreffenden Regierung die Handelsprivilegien und die Entwicklungshilfe teilweise suspendiert oder gar ganz eingestellt werden können.

weiterführende Informationen:

[http://www.europa.eu.int/comm/development/index\\_en.cfm](http://www.europa.eu.int/comm/development/index_en.cfm)

### **Neue Ausschreibungen des Forschungs- & Entwicklungsinformationsdienstes CORDIS**

Im Zuge des Sechsten Rahmenprogramms der Europäischen Union im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung (2002-2006) ruft der Forschungs- & Entwicklungsinformationsdienst der Gemeinschaft (CORDIS) zur Einreichung von Vorschlägen auf. In der Forschungspriorität 7 "Bürger und modernes Regieren in der europäischen Wissensgesellschaft" werden insbesondere Projekte in den Bereichen "Soziale Kohäsion" und "Veränderungen der Arbeit in der wissensbasierten Gesellschaft" sowie ihre "Förderung durch lebenslanges Lernen" unterstützt. Einsendeschluss für die genannten Projekte ist der 10. Dezember 2003. Detaillierte Informationen finden Sie in englischer Sprache auf der Homepage von CORDIS unter: [http://fp6.cordis.lu/citizens/call\\_details.cfm?CALL\\_ID=14](http://fp6.cordis.lu/citizens/call_details.cfm?CALL_ID=14)

### **Aktuelles zu SARS**

Die Lungenkrankheit SARS hat auf Europa übergegriffen. In Deutschland sind zum jetzigen Zeitpunkt mehr Verdachtsfälle registriert mehr als in allen anderen EU-Mitgliedstaaten. Über den Stand der Ausbreitung der hochansteckenden Seuche informiert - allerdings nur auf englisch - eine neue, täglich aktualisierte Webseite der EU-Kommission. So zum Beispiel, welche Maßnahmen das zuständige "Europäische Komitee informationspflichtiger Krankheiten" gegen SARS ergriffen hat und auch Links zu Schlüsseldokumenten, Pressemitteilungen, Rechtsquellen und Reden.

[http://www.europa.eu.int/comm/health/ph\\_threats/com/sars/sars\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/sars/sars_en.htm)

### **€urotauschbörse in Limburg**

Aufgrund der regen Teilnahme der vorhergegangenen Veranstaltungen organisiere ich noch einmal eine €urotauschbörse, und zwar in Zusammenarbeit mit der CDU-Limburg am 12. Juni ab 15 Uhr in der Stadthalle Limburg. Seien Sie alle herzlich willkommen, ob nun zum Tauschen oder auch einfach zum Austauschen!

Büro Brüssel:  
Europäisches Parlament  
ASP 10 E 217  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-284 59 77  
Fax: 0032-2-284 99 77

Regionalbüro Süd-  
und Westhessen:  
Am Marktplatz 19  
D-64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152-93 25 94  
Fax: 06152-93 25 93

e-mail: [mgahler@europarl.eu.int](mailto:mgahler@europarl.eu.int)

Internet: <http://www.michael-gahler.de>